



## Inhalt 2/2011

Vorwort .....	1
Einladung zur Mitgliederversammlung .....	2
Einladung zur Jahrestagung .....	2
Tagung in der Ev. Akademie Bad Boll .....	3
<b>Schwerpunktthema:</b>	
Der Konflikt um die weitere Gestaltung der Gedenkstätte Wolfenbüttel .....	3
Vorstand des Forums: Einleitung .....	3
H. Knoch: Die Gedenkstätte Wolfenbüttel .....	5
W. Knauer: Zur Arbeit der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel .....	6
J. Perels: Wider die Infragestellung einer allseits anerkannten Ausstellung .....	7
G. Wysocki: Merkwürdige Vorgänge und unbeantwortete Fragen im Vereinswesen .....	8
Leserbrief von Helmut Kramer an die Braunschweiger Zeitung .....	9
Die Wolfenbütteler Ausstellung „Justiz im Nationalsozialismus“ in Eutin .....	9
T. Krach: Buchvorstellung: Anwälte und ihre Geschichte .....	11
I. Müller: Dissertationsskandal, auch in Kiel .....	12
S. Felz: Bericht über eine Buchpräsentation .....	13
Th. Henne: Gedenkstättenprojekt: Osnabrück .....	15
Veranstaltungen .....	16
Zeitungsmeldungen .....	16
Rezensionen .....	17
Bücher .....	19
Verschiedenes .....	20
Impressum .....	20

## Vorwort

Sehr geehrte Mitglieder des Forums Justizgeschichte,

willkommen zur neuen Ausgabe des Newsletters! Es sind nur noch knapp zwei Monate bis zur Jahrestagung und Mitgliederversammlung in Wustrau. Daher finden Sie in dieser Newsletter-Ausgabe die Einladung zur Mitgliederversammlung und das Programm unserer Jahrestagung – ich würde mich freuen, wenn ich vom 23.-25. September möglichst viele von Ihnen in Wustrau treffen kann. Kurz danach, vom 28.-30. Oktober, findet in der Ev. Akademie in Bad Boll eine Tagung statt, die mit Unterstützung des Forums Justizgeschichte organisiert wurde. Näheres zu den Programmen weiter unten.

Diese Newsletter-Ausgabe ist erfreulicherweise erheblich umfangreicher als die bisherigen, vor allem dank mehrerer Texte zur Gedenkstätte Wolfenbüttel – einem wichtigen justizgeschichtlichen Erinnerungsort. Das Forum Justizgeschichte nimmt hier seinen Namen wörtlich: Differierende Ansichten über die zeitgemäße und angemessene Ausgestaltung einer justizgeschichtlich relevanten Gedenkstätte brauchen ein Forum.

### „Light“-Version

Wie bei den früheren Ausgaben des Newsletters verschicken wir auch diesmal an Mitglieder ohne Mail-Adresse nur eine gekürzte „Light“-Version. Bei den Mitgliedern, die bislang nur jene Version erhalten haben und die danach eine Mail-Adresse mitgeteilt haben, bedanke ich mich auch im Namen von Frau Aßmann – und zugleich bitte ich alle Mitglieder, von denen noch keine Mail-Adresse vorliegt, nochmals um Einrichtung eines (immer noch: kostenlosen!) Mail-Accounts.

Übrigens: Ein neuer Flyer, der über das Forum Justizgeschichte informiert, wird in wenigen Wochen vorliegen. Schon jetzt online sind etliche Änderungen auf unserer Homepage – wenn Sie [hier](#) klicken, sind Sie schon dort.

Mit besten Grüßen,  
Ihr

Thomas Henne

## Einladung zur Mitgliederversammlung

Liebe Mitglieder,

zur nächsten Mitgliederversammlung am **Samstag, 24. September 2011**, 16:00 Uhr

in den Räumen der Deutschen Richterakademie, Am Schloß 1, 16818 Wustrau lade ich Sie herzlich ein.

Als Tagungsordnung ist vorgesehen:

1. Bericht des Vorstandes
2. Bericht der Kassenprüfer
3. Entlastung des Vorstandes
4. Beirat des Forums Justizgeschichte
5. Kommission für den Richard-Schmid-Preis des Forums Justizgeschichte
6. Verschiedenes

Ihr Thomas Henne

## Einladung zur Jahrestagung 23.-25.9.2011

### Ach, Europa! Ach, Menschenrechte! 60 Jahre Europäische Menschenrechtskonvention und die Justiz

Freitag, 23. Sept. 2011

- 15.00 Anreise und Kaffee  
15.45 Begrüßung und Eröffnung  
16.00 Lasse Heerten, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam: „Die letzte Utopie? Zur Geschichte der Menschenrechte seit 1945“  
16.45 Prof. Dr. Dr. Ingo Müller, Berlin: „Die EMRK, nur ein einfaches Gesetz? 60 Jahre Widerstand gegen die Nürnberger Prinzipien“  
17.15 Prof. Dr. Christian Tomuschat, Berlin: „EuGH und BVerfG – ‚Solange I und II‘ und der Lissabon-Vertrag“  
18.00 Abendessen  
20.00 Film: „Fünf Leben im Iran – Reich des Bösen“, Regie Mohammad Farokhmanesh, Hamburg; der Regisseur ist anwesend.

Sonnabend, 24. Sept. 2011

- 09.00 Dr. Christiane Schmaltz, Lübeck: „Aufbau, Organisation und Arbeitsweise des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrech-

te. Zwei Jahre als abgeordnete Richterin am EGMR“

- 09.45 Percy MacLean, Berlin: „Aktuelle Menschenrechtsprobleme in Deutschland“  
10.30 PD Dr. Thomas Henne, Münster: „Die verzögerte Aufnahme des Europarechts in den ‚Palandt‘-Kommentar“  
11.00 Kaffeepause  
11.15 Dr. Gerd Hankel, Bremen: „Menschenrechte in Kriegs- und Nottfällen (Artikel 15). Bindung deutscher Soldaten an die EMRK bei Auslandseinsätzen?“  
11.45 Nicole Milkereit, Berlin: „EMRK – Einzigartig und/oder Ideologie? Über Realität, Unterordnung und Utopie eines Universal-konzeptes“  
12.15 Mittagessen  
14.00 Simone und Patrick Gaboriau, Paris, im Gespräch mit Hans-Ernst Böttcher, Lübeck: „Die Bedeutung der EMRK aus der Sicht französischer Richter“  
15.00 Katarina Lenczowski, Trier: „Ethnisierung der Roma. Affirmationen und ihre Umkehrungen“  
15.45 Kaffeepause  
16.00 Mitgliederversammlung  
18.00 Abendessen

Sonntag, 25. Sept. 2011

- 09.00 Carl W. Heydenreich, Bonn: „Die EMRK und Rechtsetzung der EU zum Strafprozessrecht“  
09.45 Peter Franck, Berlin: „Amnesty International und Russland“  
10.15 Dr. Grischa Merkel, Rostock: „Sicherungsverwahrung und Menschenrechte“  
11.30 Abschlussdiskussion  
12.15 Mittagessen

In der → [Deutschen Richterakademie](#) Wustrau steht nur eine begrenzte Anzahl von Plätzen zur Verfügung, daher bitten wir um baldige Anmeldung.

Dank der Unterstützung durch ein Vereinsmitglied können wir für sechs Studierende/Referendare ein Stipendium vergeben, das die Teilnahme-kosten und die Bahnkosten 2. Klasse (mit Bahn-card/Sparpreis) ersetzt. Bitte geben Sie bei der Anmeldung an, ob Sie sich für das Stipendium bewerben möchten.

**Anmeldung bitte mit dem Formular, das  
→ [hier](#) zugänglich ist.**

---

## Tagung in der Evangelischen Akademie Bad Boll vom 28.-30.10.2011

---

Rechtsstat ↔ Geheimdienste ↔ Demokratie:

eine komplizierte Dreiecksbeziehung

Das Forum Justizgeschichte unterstützt eine Tagung, die unter dem Titel

### Ethik der Nachrichtendienste in der Demokratie

vom 28.-30. Oktober in der Ev. Akademie in Bad Boll stattfindet. Die Tagung wird organisiert von der Akademie in Bad Boll in Zusammenarbeit mit dem „Gesprächskreis der Nachrichtendienste in Deutschland“ (GKND); das Programm ist [–hier](#) zugänglich.

Als Mitglieder des Forums Justizgeschichte nehmen u.a. Annette Weinke, Peter Weber und Thomas Henne an der Tagung teil. Um die historische Perspektive und speziell die justizgeschichtlichen Argumente angemessen zu vertreten, sind weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Forum Justizgeschichte sehr erwünscht! Bitte melden Sie sich direkt bei der Ev. Akademie in Bad Boll an.




---

## Schwerpunktthema: Der Konflikt um die weitere Gestaltung der Gedenkstätte Wolfenbüttel

---



---

### Eine Einleitung zu den folgenden Beiträgen

---

*vom Vorstand des Forums Justizgeschichte*

Über 700 Menschen wurden hier hingerichtet – in der NS-Zeit war die Justizvollzugsanstalt in Wolfenbüttel ein Schreckensort. Seit 1990 ist daraus eine Gedenkstätte entstanden, u.a. aufgrund der Initiative von Helmut Kramer, dem früheren Vorsitzenden des Forums Justizgeschichte. Helmut Kramers Kampf um den Aufbruch aus dem Schweigen über die NS-Justizverbrechen war auch an dieser Stelle erfolgreich.

Seit einigen Jahren ist die Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten der Träger der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel. Und seit etlichen Jahren gibt es zwischen Helmut Kramer und den jetzigen Verantwortlichen für die Gedenkstätte eine zunehmend heftiger geführte Diskussion um die Ausgestaltung der Gedenkstätte.

In der vorangegangenen Ausgabe dieses Newsletters hatte Ralf Oberndorfer, Vorstandsmitglied des Forums Justizgeschichte, zu diesem Thema einen kurzen Text publiziert ([→hier](#) zugänglich). Wie die Reaktionen auf diesen Artikel zeigten, besteht ein größerer Diskussionsbedarf.

Deshalb hat der Vorstand des Forums Justizgeschichte Ende Mai mehrere Akteure in dieser Auseinandersetzung darum gebeten, ihre Ansichten für die Mitglieder des Forums in dem nun vorliegenden Newsletter zu präsentieren (und dabei gewisse, dem Newsletterformat geschuldete Umfangsgrenzen einzuhalten).

Diese Einladung erging Ende Mai einerseits an Dr. Helmut Kramer, Prof. Dr. Joachim Perels und Dr. Gerhard Wysocki, andererseits an Dr. Habbo Knoch und Wilfried Knauer als Mitarbeiter der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten. Helmut Kramer hat es Ende Mai leider abgelehnt, einen Text für den Newsletter zu verfassen.

Um den Hintergrund der Debatte und auch die Aktivitäten des Forums Justizgeschichte in diesem Kontext zu verstehen, sei die Geschichte der Debatte kurz zusammengefasst, und zwar beschränkt auf die Ereignisse, die in die Amtszeit des jetzigen Vorstands des Forums Justizgeschichte fallen, also seit Ende 2010:

Helmut Kramer und Joachim Perels waren eine Zeitlang Mitglied einer Kommission, die beratend an der Ausgestaltung der Gedenkstätte Wolfenbüttel mitwirkte.

Mitte November 2010 erhob Helmut Kramer gegen Habbo Knoch und Wilfried Knauer eine umfangreiche Dienstaufsichtsbeschwerde (zugänglich → [hier](#)); einen Monat später antwortete Habbo Knoch mit einer ebenfalls öffentlichen Stellungnahme (früher unter [www.bergen-belsen.de](http://www.bergen-belsen.de) zugänglich). Strittig sind unter anderem die Mitgliedschaft von Helmut Kramer in jener beratenden Kommission und die Frage, ob die Ausstellung in der Gedenkstätte angemessen auf die NS-Justiz eingeht.

Helmut Kramer hatte gleichzeitig den Vorstand des Forums Justizgeschichte um eine ihn unterstützende Resolution gebeten. Nach ausführlicher Diskussion auf der Vorstandssitzung Ende Januar 2011 beschloß der Vorstand einstimmig die rechts unten abgedruckte Resolution. In anschließenden etlichen Telefongesprächen mit Helmut Kramer hat insbesondere der jetzige Vorsitzende des Forums, Thomas Henne, die in der Resolution eingenommene Position gegenüber Helmut Kramer vertreten.

Als jener Resolutionstext Anfang März 2011 an Helmut Kramer geschickt wurde, bat dieser umgehend darum, die Resolution nicht zu veröffentlichen; dieser Bitte ist der Vorstand damals gefolgt. Helmut Kramer publizierte zugleich eine 33seitige Replik zur Stellungnahme von Habbo Knoch (zugänglich → [hier](#)). Stellungnahmen anderer justizgeschichtlich engagierter Organisationen zu diesen Auseinandersetzungen liegen bislang nicht vor.

Ende März 2011 wurde die erwähnte Dienstaufsichtsbeschwerde zurückgewiesen; zugleich wurde Thomas Henne von Habbo Knoch gefragt, ob er zu einer Mitarbeit in einer zukünftigen „Internationalen [Expertenkommission](#) zur Neugestaltung der Gedenkstätte Wolfenbüttel“ bereit sei.

Nach Rücksprache mit dem Vorstand des Forums hat Thomas Henne seine Mitarbeit zugesagt; die Kommission soll u.a. Ende 2011 im Rahmen einer Tagung Vorschläge erarbeiten. Aus Sicht des Vorstands ist die Mitarbeit von Thomas Henne in dieser Kommission gut geeignet, um die justizgeschichtlichen Positionen des Forums in die Neugestaltung und den geplanten Ausbau der Gedenkstätte einzubringen.

Als Anfang April 2011 der erwähnte Artikel von Ralf Oberndörfer im Newsletter erschienen war, führte dies zu umfassender Kritik von Helmut Kramer, Joachim Perels und Gerhard Wysocki. Deshalb hat der Vorstand Ende Mai 2011 be-

schlossen, diese Debatte breiter und im Newsletter zu führen.

Auch in Wolfenbüttel hatte sich inzwischen der Diskussionsstand geändert: Mitten in Wolfenbüttel steht die Jahnturnhalle leer – ein denkmalgeschütztes Gebäude (vgl. das unten abgedruckte Foto). Im Mai 2011 präsentierte die Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten einen Vorschlag, die Jahnturnhalle für die Gedenkstättenarbeit zu nutzen. Diese Pläne sind in der Lokalpolitik auf Zustimmung gestoßen. Helmut Kramer hat sich in einem Leserbrief positiv zu diesem Vorhaben geäußert. Bei Redaktionsschluss des Newsletters Ende Juli dauerte die Diskussion um die Pläne noch an. Lesen Sie bitte daher die folgenden Debattebeiträge.



**Eingangstafel der Gedenkstätte**

**Foto: S. Henne**

### **Resolution des Forums Justizgeschichte**

beschlossen auf der Vorstandssitzung  
am 29. Januar 2011 in Berlin

*Im Hinblick auf die Auseinandersetzungen um die Ausrichtung der Gedenkstätte in Wolfenbüttel fordert das Forum Justizgeschichte:*

- Eine weitere Debatte zwischen Helmut Kramer und den Beteiligten auf der anderen Seite sollte zu einem beschleunigten Austausch der Argumente führen und gewährleisten, daß die Kompetenz aller Beteiligten umfassend in Planungen und Umgestaltungen einbezogen wird, und zwar auch und gerade dadurch, daß die vorgesehenen Gremien zur direkten Diskussion genutzt werden.

• Eine weitere Debatte darüber, wie die Debatte in der Vergangenheit geführt wurde, ist wenig zielführend. Die zukünftige Ausrichtung und Ausgestaltung insbesondere der Gedenkstätte in Wolfenbüttel sollte im Vordergrund stehen. Wenn die Planungen auf eine zusätzliche Gedenkstätte außerhalb der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel hinauslaufen, wird das vom Forum Justizgeschichte ausdrücklich unterstützt.

• Täter- und Opferzentrierung sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern erst ihre Kombination ermöglicht eine umfassende Auseinandersetzung mit der NS-Justiz.

Das Forum Justizgeschichte bringt gerne die in den Reihen seines Vorstandes vorhandene Kompetenz in die Debatte ein und steht zur Verfügung, um in einer produktiven Diskussion die Entwicklungsperspektiven der Gedenkstätte Wolfenbüttel zu präzisieren.

---

## Die Gedenkstätte Wolfenbüttel

---

von Habbo Knoch

Die Gedenkstätte besteht heute aus der ehemaligen, frei stehenden Hinrichtungsstätte (Ausstellung I seit 1990) und mehreren ehemaligen Hafträumen in der JVA (Ausstellung II seit 1999).

Die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel erinnert als einzige bundesweit in einem genutzten Gefängnis an Opfer und die Verantwortung der NS-Justiz.

### Ausstellungen in der Gedenkstätte

Die Gedenkstätte in Räumen der ehemaligen Hinrichtungsstätte von 1937 wurde mit einer Ausstellung eingerichtet, die ausschließlich Todesurteile der deutschen Justiz der Jahre 1933 bis 1945 und ihre Vollstreckung thematisierte (Ausstellung I). Im Zentrum der Ausstellung standen die Opfer, der ehemalige „Richtsaa“ war als Gedenkraum konzipiert.

Nach Überleitung der Gedenkstätte vom Justiz zum Kultusministerium 1993 wurde eine neue Dauerausstellung „Justiz im Nationalsozialismus“ (Ausstellung II) zum gesamten Spektrum der damaligen Rechtsprechung erarbeitet.

In der Vorbereitung der neuen Dauerausstellung von 1995 bis 1999 wurde das Verhältnis der beiden Raumbereiche nicht weiter thematisiert und die nunmehr partiell redundante Ausstellung in der ehemaligen Richtstätte belassen.

Die Dauerausstellung von 1999 (Ausstellung II) wurde als reine Leseausstellung zum „Selbst-

studium“ konzipiert. Inzwischen sind einige wenige Originalexponate eingefügt.

### Besucherzahlen

Die Gedenkstätte ist nur nach Voranmeldung und in der Regel nur für Gruppen zugänglich, die durch Mitarbeiter der Gedenkstätte betreut werden.

Die Gedenkstätte wurde in den letzten Jahren jährlich von 180 bis 210 Besuchergruppen mit 3.200 bis 4.100 Personen besucht.

Seit 2008 erfolgte eine erhebliche Zunahme der Nachfrage nach mehrstündigen Seminartagen; daraus ergaben sich 60 durchgeführte Veranstaltungen mit bis zu sechs Stunden.

### Ansätze zur Neugestaltung

Eine Erweiterung der Gedenkstätte um weitere historische Räume der Hinrichtungsstätte ist angestrebt. Gemäß Bundesgedenkstättenkonzeption ist der historische Ort besonders zu erschließen und bauhistorisch zu sichern.

„Erweiterung des Gedenkstättenbereichs auf alle im Erdgeschoss gelegenen historischen Räume der Richtstätte“ (Protokoll der Sitzung der „Arbeitsgruppe Wolfenbüttel“, 10.3.2009).

Dies macht eine Neukonzeption dieses Ausstellungsteils zur Erläuterung des historischen Ortes erforderlich. Zudem ist die Ausstellung im Hinrichtungsgebäude technisch abgängig.

„Mittelfristig ist die bisherige Ausstellung von 1990 [in der Hinrichtungsstätte] zugunsten einer knappen Erläuterung zur Geschichte der Räume und ihrer Nutzung zu ersetzen.“ (Beschluss der Kleinen Kommission der Wissenschaftlichen Fachkommission für Gedenkstättenarbeit, 30.3.2006).



Eingangsbereich der Gedenkstätte

Foto: S. Henne

Mit Installationen und einigen Vitrinen wurde die bisherige Ausstellung zwischenzeitlich modifiziert.

Im abschließenden Raum (früher: „Täterblock“) entstand ein Arbeitsbereich mit Leseputlen.

Die Ausstellungen sind inhaltlich zu ergänzen auf der Basis des Forschungsstandes und entsprechender Recherchen zu Desideraten.

*„Die Fachkommission hält eine Neukonzeptionierung beider Dokumentationsbereiche der Gedenkstätte (Hinrichtungsgebäude und Dauerausstellung) für dringend erforderlich; dabei sind die Alleinstellungsmerkmale der Gedenkstätte zu betonen.“ (Protokoll der Sitzung der Wissenschaftlichen Fachkommission der Stiftung, 9.4.2010).*

Durch eine Neufassung der Ausstellung I entsteht der Bedarf, die Ausstellungsbereiche neu zu gliedern und mit Ausstellungsmodulen zu bereichern:

- Wolfenbüttel als Hinrichtungsstätte und als Strafgefängnis im Nationalsozialismus
- Justiz zwischen Weimar und Bundesrepublik
- Justiz im Nationalsozialismus und deren Verfolgung nach 1945

Eine Fortentwicklung insbesondere des jetzigen Ausstellungsbereichs II zu einem Lernort mit Werkstatt-Charakter begründet sich aus Erfahrungen mit Besuchergruppen in den vergangenen zehn Jahren und der Anpassung an die Entwicklung von musealen Standards im Gedenkstättenbereich in den vergangenen 10 bis 15 Jahren.

Eine Erweiterung um Räumlichkeiten in der Stadt bietet sich bei entsprechenden Möglichkeiten an, um die Aufmerksamkeit für die Gedenkstätte zu erhöhen und weitere Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

- Zur Website der Gedenkstätte Wolfenbüttel gelangt man [→ hier](#)
- Die Jahresberichte 2008 und 2009 zur Arbeit der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel sind [→ hier](#) einsehbar.

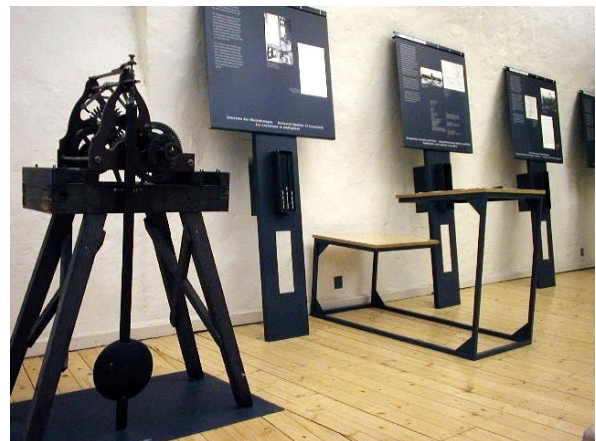
## Zur Arbeit der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

von Wilfried Knauer

Im Strafgefängnis Wolfenbüttel wurden zwischen 1937 und 1945 mehr als 600 Frauen und Männer hingerichtet: deutsche Zivilisten, Wehrmachtsangehörige, ausländische Zwangsarbeiter, Straf- und Kriegsgefangene sowie mehr als 70 „Nacht- und-Nebel“-Gefangene. Zu den Hinrichtungen kommen über 300 haftbedingte Todesfälle und über 500 Strafgefangene hinzu, die an die Gestapo und SS ausgeliefert wurden. Von 1945 bis

1947 vollstreckte die britische Militärregierung 67 Todesurteile in der Hinrichtungsstätte.

Seit 1991 wurde die Gedenkstätte mit einer Ausstellung im Hinrichtungsgebäude als „Ein-Mann-Betrieb“ unter anderem mit Führungen und Vorträgen für jährlich über 200 Gruppen zu einem Ort des Gedenkens, Forschens und Lernens aufgebaut. Eine ihrer zentralen Aufgaben ist die Klärung von Schicksalen, vor allem nach Anfragen von Überlebenden oder Angehörigen von Opfern. Im Mittelpunkt standen zunächst die hingerichteten Widerstandskämpfer aus dem besetzten Westeuropa und die ausländischen Zwangsarbeiter. Die Gedenkstätte war somit von Beginn an ein europäischer Erinnerungsort.



Ausschnitt aus der Dauerausstellung

Foto: W. Knauer

Mit den Arbeiten zur Schicksalsklärung wurden in großer Zahl auch Biografien der beteiligten Richter und Staatsanwälte recherchiert und präsentiert. Dies zeigte sich besonders in der seit 2001 betreuten Wanderausstellung „Justiz im Nationalsozialismus“, ein Duplikat der Dauerausstellung der Gedenkstätte. Als wandernde Geschichtswerkstatt in niedersächsischen Gerichten trug sie zur Aufarbeitung der jeweils eigenen Justizgeschichte bei.

In den vergangenen Jahren sind aufgrund einer stark steigenden Zahl von Anfragen die als „Volksschädlinge“ zum Tode Verurteilten ins Zentrum der Schicksalsklärung gerückt. Das „NS-Unrechts-Aufhebungs-Gesetz“ von 1998 und 2002 hat dabei die Voraussetzungen für eine Rehabilitation der Opfer geschaffen. Die Gedenkstätte kann nun gemeinsam mit den Familien die moralische Rehabilitation der Opfer durch Aufhebungsanträge begleiten.

Das vielfältige Bildungsangebot der Gedenkstätte gründet in der Erforschung der einzelnen Schicksale und Biographien. Darüber werden Kenntnisse zum NS-Rechtssystem und der Rolle von Juristen im Staatsdienst beispielhaft vermittelt. Die

adressierten Gruppen sind äußerst vielfältig und reichen von lokalen Schulklassen bis zu multinationalen Juristenbesuchen. Eine Wiederaufnahme der mangels Finanzierung eingestellten Fortbildungsseminare für Richter, Staatsanwälte und Referendare wäre dabei wünschenswert.

Ihre Bedeutung als europäischem Erinnerungsort hat die Gedenkstätte zuletzt insbesondere durch eine vielfach ausgezeichnete internationale Geschichtswerkstatt unterstrichen, in der Jugendliche über mehrere Jahre hinweg ein Gräberfeld erschlossen und die einzelnen Grablagen mit Namenstafeln versehen haben. Unverkennbar wächst aus solch konkreten Bezügen das Interesse, sich intensiver mit Tätern und Verantwortlichen der NS-Justiz sowie dem Verhältnis von Recht und staatlicher Gewalt zu befassen.

- Ein zusammenfassender Beitrag von Wilfried Knauer zur Wander- und Dauerausstellung "Justiz im Nationalsozialismus" findet sich [→hier](#) auf den Seiten 14-20 des Rundbriefs 2008/1-2.
- Und [→hier](#) kann eine digitale Fassung einer Broschüre zu dem im Text von Herrn Knauer angesprochenen Projekt "Gräberfeld 13a" eingesehen werden.

---

## Wider die Infragestellung einer allseits anerkannten Ausstellung über die NS-Justiz

---

*von Joachim Perels*

In dem nachstehenden, in Auszügen abgedruckten Brief vom 23.8.2010 an den Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Dr. Habbo Knoch, wird mein Rücktritt vom Vorsitz der Fachkommission der Stiftung, den ich viele Jahre innehatte, begründet. Ein Grund besteht darin, dass die Fachkommission in meiner gesundheitlich bedingten Abwesenheit beschlossen hat, die unstreitig qualifizierte, allseits anerkannte Ausstellung über die NS-Justiz in der JVA Wolfenbüttel zu revidieren. Mein vor über zehn Monaten geschriebener Brief zur Qualität der Ausstellung – eine ausführliche, vier Seiten umfassende, auf ein Schreiben von Dr. Knoch vom 16.7.2010 eingehende Darlegung – blieb unbeantwortet. Die Unfähigkeit, sich einer justizgeschichtlichen Sachdiskussion zu stellen, hat leider System. Die Kennzeichnung der Position Helmut Kramers durch Dr. Knoch, er habe kein zureichendes Verständnis für die Opfer (Brief an Kramer vom

2.12.2009), hält der Geschäftsführer der Stiftung, ungeachtet mehrerer schriftlicher Hinweise darauf, dass das justizgeschichtliche Werk von Kramer gerade im rechtsstaatlichen Eintreten für die NS-Justizopfer besteht, aufrecht. Der Mangel an rechtsgeschichtlicher Kompetenz hat Folgen. Sie bestehen darin, dass auch die in meinem Brief formulierte Kritik daran, dass eine aufklärerische Ausstellung über den Justizterror des Hitlerregimes zur Disposition gestellt wird, nicht mit einer Argumentation, sondern mit Schweigen beantwortet wird.



**Gedenkstatteneingang**

**Foto: S. Henne**

---

### Auszüge aus dem Brief von Joachim Perels an Habbo Knoch vom 23.8.2010:

Auf der Sitzung der „Arbeitsgruppe Wolfenbüttel“ vom 10.3.2009 erklärte der Gedenkstättenleiter: „Im übrigen merkte Herr Knauer an, dass von Beginn an durch die Besucher die Textlastigkeit der Ausstellung sich als ein Manko herausgestellt habe, selbst bei juristischem Fachpublikum“ (Protokoll, S.4). [...] Auf der Sitzung der Fachkommission vom 10.3.2010 fasste die Fachkommission in meiner Abwesenheit den die Struktur der Ausstellung revidierenden Beschluss:

„Die Fachkommission hält eine Neukonzeptionierung [...] der Dauerausstellung für erforderlich“ (Protokoll, S.2).

Diesen Beschluß interpretiert der Gedenkstättenleiter mit eindeutigen Worten. Die „derzeit noch sehr textlastige Ausstellung (werde) medial aufbereitet“ (Wolfenbütteler Zeitung v.17.4.2010).

Der tragende Einwand gegen die Ausstellung besteht in dem auf sie bezogenen Wort von der sog. Textlastigkeit, die folgerichtig eine Neukonzeptionierung erfordern würde. Der Einwand, der an keiner Textstelle der Ausstellung und im Katalog belegt wird, ist haltlos. Die Kleine Kommission des Gedenkstättenbeirats des Landes Niedersachsens, die in zweieinhalbjähriger Arbeit unter der Leitung von Prof. Obenaus wissenschaftliche Kompetenzen von der Didaktik der Geschichte bis zur Rechtsgeschichte bündelte, hat in langen Diskussionen an knappen Formulierungen gefeilt.

Aus vielen Gesprächen weiß ich – ich habe allein drei Ausstellungspräsentationen eröffnet –, dass gerade die Prägnanz der Texte für die vielen Besucher erhellend waren. Wenn man die sprachliche Gestalt der Ausstellung mit einem unsachlichen Etikett versieht, das im Gegensatz zur analytischen Struktur der Texte der Ausstellung steht, wird die Aufgabe der Ausstellung verkannt. Sie zielt darauf, die Diskriminierungs- und Ausrottungstechniken des NS-Justizapparats quellen genau zu dokumentieren. Die Funktionen der gerichtlichen Institutionen des NS-Staats erschließen sich [...] durch die am „Wörterbuch des Unmenschen“ (Sternberger) orientierte juristische Sprache. [...] Ich kann nicht verstehen, warum Du und die Fachkommission der Infragestellung der Textstruktur der Ausstellung, die in wesentlichem Maße ihre große Wirkung begründete, nicht entgegneten.

---

## **Merkwürdige Vorgänge und unbeantwortete Fragen im Vereinswesen**

---

*von Gerhard Wysocki*

Die Idee des Vereinsvorstands (VeVo), im Newsletter (NL) eine auf 2.000 Zeichen begrenzte Debatte über die Gedenkstätte in Wolfenbüttel (GStWF) zu führen, geht am Konfliktgegenstand vorbei. Ein Konzept zur GStWF ist nicht einmal dem VeVo bekannt. Außerdem hat Dr. Knoch ein Gespräch mit H. Kramer darüber abgelehnt.

Ferner hat Kramer den VeVo bereits im Nov. 2009 über den Konflikt mit dem Stiftungsgeschäftsführer (StGF) und über Probleme in der GStWF unterrichtet und ein Jahr lang keine Antwort erhalten; auch von dem kontraproduktiven Resolutionsentwurf des VeVo gegen Kramer erfuhr dieser nur durch Zufall.

Dafür erschien April 2011 der NL mit dem von mind. 2 Vorstandsmitgliedern gebilligten Artikel [von Ralf Oberndörfer, zugänglich [hier](#) – die Redaktion]. Darin wurde Kramers Kritik am Leiter

der GStWF und dem StGF damit abgetan, daß Kramer in veralteten Fragestellungen verharre, wogegen der StGF ein ausgewiesener Fachmann sei.

Statt einer Begründung über die mangelnde Unterstützung durch den VeVo und das überraschende Vorgehen im NL erhielt Kramer inzwischen eine Mail von R. Oberndörfer, in der die Angriffe auf persönlicher Ebene bekräftigt wurden: Kramer – stets auf der Suche nach „Gegnern“ – sei somit selbst Schuld.

Der Streit um die GStWF wird als persönliche Angelegenheit Kramers abgetan. Vielmehr teilt Kramer seine Kritik mit vielen anderen, darunter dem vom StGF ebenfalls aus den Stiftungsgremien herausgedrängten Prof. Perels und dem Vorgänger des StGF, Wiedemann.

Die Debatte über die GStWF ist überfällig. Sie kann aber nicht ohne die Auseinandersetzung mit den konstatierten Mängeln geführt werden, schon gar nicht ohne die Kenntnis über die geheimen Zukunftspläne des StGF.

Erforderlich ist eine Grundsatzdiskussion über das Selbstverständnis des Forums Justizgeschichte (FJ): Versteht sich das FJ noch als Vereinigung, die ggfls. interveniert, wenn amtliche Stelleninhaber überfordert sind? Ich befürchte, dass der VeVo mit den reglementierten Beiträgen vor allem seine bisherige Untätigkeit vertuschen möchte, zumal in der üblichen kurzen Zeit der MV Zeit für ausführliche Diskussionen fehlt. Es geht schon lange nicht mehr nur um die Defizite der GStWF, sondern vor allem auch

- a) um den Konflikt zwischen aktiven Vereinsmitgliedern mit dem StGF,
- b) um das merkwürdige Verhalten des Vorstandes in dem Konflikt und
- c) um das Selbstverständnis des FJ als kritischer Institution an dem Beispiel.

Ohne eine Klärung der Themen sehe ich eine bedeutungslose Zukunft für das FJ.

Nähere Informationen zum Konflikt um die GStWF unter

[www.gedenkstaette-wf.de](http://www.gedenkstaette-wf.de) und  
[www.justizgeschichte-aktuell.de](http://www.justizgeschichte-aktuell.de).

## Dokumentation: Leserbrief von Helmut Kramer an die Braunschweiger Zeitung v. 25.5.2011

### Gedenkstätte würde aufgewertet werden

Zum Bericht „Ideen für eine Neugestaltung der Gedenkstätte“ vom 13. Mai:

Die Pläne zur Einbeziehung der Jahnturnhalle in die Arbeit der JVA-Gedenkstätte sind positiv. Vor allem, wenn der historische Ort in der JVA weiterhin zugänglich sein wird, kann die Öffentlichkeit durch die Erweiterung noch umfassender über das Handeln der Verantwortlichen in der Justiz von 1933 bis 1945 und über die Vor- und Nachgeschichte informiert werden. Dies würde die Gedenkstätte zu dem machen, was von vornherein beabsichtigt war: zur Institution von nationaler und internationaler Bedeutung.

Dr. Helmut Kramer, Wolfenbüttel



Jahnturnhalle in Wolfenbüttel.

Foto: S. Henne

## Bericht über Besuch und Resonanz der Wolfenbütteler Ausstellung „Justiz im Nationalsozialismus“ 17.1.-12.2.2011 in der Kreisbibliothek Eutin und über die drei begleitenden Veranstaltungen

von Lutz Tamchina

*Vorbemerkung der Newsletterredaktion: Durch ein Versehen der Redaktion wurde der folgende Bericht leider nicht in den vorangehenden Newsletter aufgenommen. Aber der Text ist auch jetzt noch lesenswert, gerade im Kontext der Debatte um die Gedenkstätte Wolfenbüttel.*

Die Ausstellung wurde auf ihrer Rundreise durch Schleswig-Holstein wie vorher schon in Niedersachsen in Gerichtsgebäuden gezeigt. Eutin machte mit der Kreisbibliothek als Ausstellungsort eine Ausnahme, obwohl das Amtsgericht unweit entfernt liegt. Der Grund liegt darin, dass seit 1996 die meisten Veranstaltungen und Ausstellungen zum 27. Januar in der Bibliothek stattfanden und sie in der Region dafür bekannt ist. Für die Bibliothek spricht nach unserer Einschätzung auch der frequentierte Ort, der anders als die Gerichte von vielen Menschen unterschiedlichen Alters und aus unterschiedlichen Interessen besucht wird. Für das Bekannt Werden war auch in diesem Jahr die örtliche Presse wichtig und hilfreich, die in großen Ankündigungsartikeln Thema und Einzelheiten vorstellte (Ostholsteiner Anzeiger, Lübecker Nachrichten, Kieler Nachrichten, Anzeigenblätter, der reporter und Schaufenster).

Wie in den Jahren vorher war das Veranstalterbündnis unkompliziert und effektiv. Über die Jahre ist die sachliche und persönliche Vertrautheit gewachsen.

Der Auf- und Abbau der Ausstellung war handwerklich gut zu bewältigen, da das System von Tafeln und Ständern für den Zweck einer Wanderausstellung in unterschiedlichen Räumen sehr geeignet ist.

Obwohl in der Eröffnungsveranstaltung am 17. Januar der Leiter der Wolfenbütteler Gedenkstätte, Wilfried Knauer, in einem sehr lebendigen und neugierig machenden Vortrag bemerkte, museumspädagogisch sei die Ausstellung wegen ihrer Textlastigkeit nicht gut, machten wir eine andere Erfahrung: Wer immer sich die Ausstellungstafeln ansah, las sich fest. Das ging auch jungen Leuten aus den Schulklassen so. Sicher ist eine Begleitung, gerade für junge Menschen, von Vorteil, weil der zeitgeschichtliche Hintergrund der

Weimarer Zeit und des Nationalsozialismus historischer Einführung und Erklärung bedarf. Aber gegen eine erste Vermutung vom trockenen bzw. abstrakten Stoff der Rechte und der Justiz zeigen gerade die ausgestellten Dokumente und Lebensläufe viel von der so ganz anderen Welt damals. Es bedurfte meist nur einer öffnenden Schilderung eines Problems oder eines Rechtsfalles.



**Blick in die Wanderausstellung „Justiz im Nationalsozialismus“ im Staatsarchiv Detmold**

**Foto: W. Knauer**

Über den Besuch einzelner (unangemeldeter) Personen in der Ausstellung haben wir nicht Buch geführt. Das hätte eine Person die ganze Zeit gebunden, zumal im Betrieb der Bibliothek nicht sehr auffällt, wer auf die Galerie im 1. Stock in die Ausstellung ging. Sicher sind auch einige Personen, die mit anderer Absicht zur Bibliothek kamen, eher zufällig und aus Neugier in die Ausstellung gegangen. Die letzten Tage hatte es den Anschein, als ob mehr Interessierte auf der Galerie waren – das ist die Erfahrung der Anlaufzeit, die es braucht –, auch noch am letzten Tag, als wir begannen, abzubauen.

Zur Präsentation: unten im großen Raum der Bibliothek stand die Schicksalstafel des jungen polnischen Zwangsarbeiters Walerjan Wróbel. Daneben ein Tisch mit Büchern zu Themen der Ausstellung und ein Plakat zum 27. Januar, den die UNO 2006 zum internationalen Holocaust-Gedenktage erklärte, unter der Motiv-Zeile „Remembrance and Beyond“.

Es gab zwei angemeldete Schulklassen, die am 27. Januar vormittags die Ausstellung besuchten: gut vorbereitet eine 10. Realschulklasse (28 Schüler/innen) aus der Harmsschule in Hutzfeld bei Bosau mit ihrer Lehrerin U. Griep; und eine Abiturientenklasse des Weber-Gymnasiums in Eutin (23 Schüler/innen) mit ihrer Lehrerin Holt, unter den Schülern auch die Schulsprecherin I. Struck, die in der örtlichen Amnesty-Gruppe mitarbeitet.

Beide Klassen hatten wir in zwei Gruppen aufgeteilt und begleitet (Prof. Wächtler und ich). Die Schüler/innen waren in den einführenden und abschließenden Gesprächen aufmerksam und engagiert, auch beim Lesen der Ausstellungstafeln. Z.T. hatten sie entsprechende Aufgaben. Die Realschulklasse hat nachher für ihre Schülerzeitung einen Bericht unter dem Titel „Justiz im Dritten Reich“ geschrieben.

Am 2. Februar traf ich eine kleine Gruppe aus „Die Brücke Ostholstein“ (Organisation zur Hilfe für seelisch kranke Menschen), zwei betreute Frauen und zwei Begleiterinnen. In einem kleinen Vorgespräch versuchte ich, das Motiv zu erläutern, warum Menschen zu Außenseitern gestempelt und – im Falle des Nationalsozialismus – sogar verfolgt und umgebracht wurden. Das war den Frauen bekannt, sie wollten es genauer wissen. Im Gespräch kam unsere Sicht von einem Rechtsstaat zur Sprache, der seine Bürger/innen schützt.

Besonders erwähnen möchte ich die drei begleitenden Vortragsabende: sie waren alle gut besucht mit 80 und über 100 Personen. Der schon erwähnte Eröffnungsabend am 17. Januar hat sicher zur Folge gehabt, dass einige der Anwesenden sich später die Ausstellung in Ruhe ansahen. Wilfried Knauer hatte nach seinem Vortrag mit einem ersten kurzen Rundgang einige Akzente als Einstieg zum Selberschauen gesetzt.

Der zweite Abend fand am 27. Januar statt und war thematisch der Ausstellung nicht zugeordnet. Gabriele Lesser, eine Korrespondentin, die seit Jahren in Polen arbeitet und über den sog. Generalplan Ost und die „NS-Verbrechen an der Bevölkerung Ostpolens“ referierte, erlebte eine große Zuhörerschaft und zwei Stunden gespannter Aufmerksamkeit. Auf Rückfrage zeigte sich, dass fast die Hälfte der Anwesenden auf irgendeine familienbiographische Weise dem Thema verbunden war. Dies gilt ohne Zweifel auch für die Themen der Ausstellung. Es zeigte sich am dritten Abend noch einmal besonders.

Am 8. Februar trug Prof. Dr. Ingo Müller über „NS-Richter in der Nachkriegszeit“ vor, ein spannender Vortrag mit bedrückenden Schilderungen der Nachkriegsjustiz, die vor Gerichten und bis hinein in die Wissenschaft zu verhindern verstand, dass NS-Richter und -Staatsanwälte zur Rechenschaft gezogen wurden. Der Abend war bis auf den letzten Platz ausgebucht. Das lag auch daran, dass zu Beginn zwei Schulklassen ihre Recherchen zu Schicksalen der NS-Zeit vortrugen und so auch viele junge Menschen dabei waren. Eine 10. Gymnasial-Klasse der Voßschule Eutin mit ihrem Lehrer W. Krützfeld hatte sich mit zwei Lebensläufen von Richtern und zwei Le-

bensläufen von Justizopfern beschäftigt, die in der Wolfenbütteler Ausstellung dokumentiert sind.

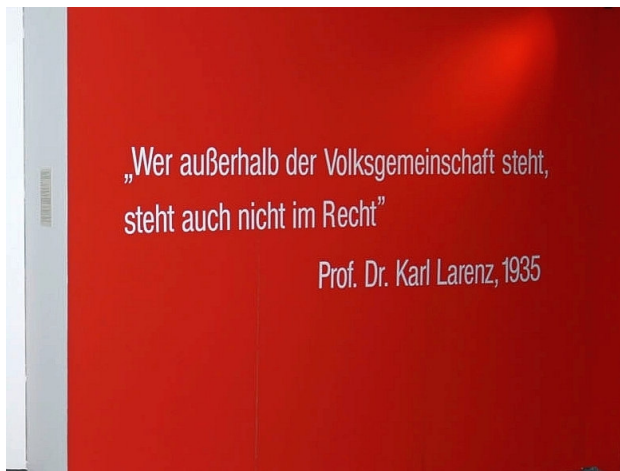


Foto: W. Knauer

Eine Klasse des Fachgymnasiums der Beruflichen Schulen in Eutin mit ihrer Lehrerin Schröder hatte im Stadtarchiv Eutin und im Schleswiger Landesarchiv 8 Schicksale von Eutinern und Menschen der Region recherchiert. Es waren 6 (nicht zum Tode) Verurteilte: Julius Seckels (ein Jude), Ernst Grimm und Anni Neervort (Verbrechen gegen die Kriegswirtschaftsordnung); Gustav Friedrich Techau (Diebstahl von für Soldaten bestimmten Lebensmittelpaketen), Gustav Adolf Schulz (Verstoß gegen das Sprengstoff- und Kriegsgerätegesetz) und Elisabeth Henkel (Verbrechen gegen die Kriegswirtschaftsordnung). Ein besonderer Fall betraf den SS-Mann Karl Radke, der 1931 bei einem Aufmarsch auf dem Eutiner Marktplatz von Reichsbanner-Leuten erstochen wurde. Schließlich recherchierten die Schüler/innen das Leben von Johann Heinrich Böhmcker, Jurist und SA-Mann und erster NS-Regierungspräsident Deutschlands (1932 für den Landesteil Lübeck im Freistaat Oldenburg). Die in Auszügen vorgetragenen Recherchen hatten wir als „Lokales Fenster“ in der Ausstellung ergänzend auf Tafeln gebracht.

## Buchvorstellung: Anwälte und ihre Geschichte

von Tillmann Krach

„Man müsste den Ostler<sup>1</sup> überarbeiten und neu herausgeben!“ war der Vorschlag des Strafverteidigers Gerhard Jungfer vor mehr als 10 Jahren – und damit begannen die Überlegungen inner-

halb der Anwaltschaft, wie und mit wessen Hilfe man es bewerkstelligen könnte, nach 30 Jahren wieder einmal einen Gesamtüberblick zur Geschichte unseres Berufsstandes auf den Buchmarkt zu bringen. Das FORUM ANWALTSGESCHICHTE hat diese Initiative von Beginn an unterstützt und bei einem Treffen mit dem damaligen Präsidenten des Deutschen Anwaltvereins (DAV) im Sommer 2004 versprach Hartmut Kilger, mit Prof. Hinrich Rüping einen „Editionsplan“ zu erörtern – zunächst war an die Herausgabe einer mehrbändigen Reihe gedacht. Jedenfalls war man sich einig, dass ein Reprint „des Ostler“ oder auch dessen ergänzte Neuauflage nicht sinnvoll wären, sondern der Versuch unternommen werden müsste, ein Werk zu schaffen, das wissenschaftlichen Ansprüchen genügt, auch wenn dies bedeuten würde, dass es sich nicht wiederum um ein „Geschichtsbuch von Anwälten für Anwälte“ (wie die Standardwerke von Weißler<sup>2</sup> und Ostler, aber auch das zum „Standardwerk“ prädestinierte Werk von Busse<sup>3</sup>) handeln würde. Dies hat so mancher bedauert, dennoch war es letztlich die richtige Entscheidung, ein derart ambitioniertes Projekt in die Hände eines wissenschaftlichen Beirats zu legen, und es ist umso erfreulicher, dass zahlreiche der insgesamt 53 Beiträge nicht von Wissenschaftlern, sondern tatsächlich von Anwälten und Anwältinnen verfasst wurden.

Der offizielle Start des Vorhabens war im Juni 2006, als der Vorstand des DAV beschloss, fünf Jahre später – zum 140. Vereinsgeburtstag – einen Themenband über die Geschichte der deutschen Anwaltschaft vorzulegen und zu diesem Zweck den „Verein Moderne Anwalts-Geschichte“ gründete. Die wissenschaftliche „Aufsicht“ und Koordination übernahmen neben Prof. Rüping, Prof. Barbara Dölemeyer und RA Prof. Norbert Gross. Am 2. Juni 2011 wurde das Buch im Rahmen einer kleinen Veranstaltung auf dem Deutscher Anwaltstag in Straßburg vorgestellt. Es ist ein in mehrfacher Hinsicht schwergewichtiges Werk geworden: Auf 1221 Seiten beleuchten 56 Autoren und Autorinnen die unterschiedlichsten Facetten der Berufs- und Standesgeschichte. Die großen Kapitel heißen „Epochen“, „Entwicklungen“ und „Internationales“. Die historische Chronologie beginnt im Mittelalter und endet bei der Zusammenführung der Anwaltschaft aus Ost und West, bei den „Entwicklungen“ geht es schwerpunktmäßig um die anwaltliche Selbstverwaltung, aber auch die Ausprägung bestimmter beruflicher

<sup>1</sup> Fritz Ostler, Die deutschen Rechtsanwälte 1871-1971, 2. durchgesehene Auflage Essen 1982

<sup>2</sup> Adolf Weißler, Geschichte der Rechtsanwaltschaft, Leipzig 1905, Nachdruck Frankfurt 1967

<sup>3</sup> Felix Busse, Deutsche Anwälte, Geschichte der deutschen Anwaltschaft 1945-2009, Berlin 2010

Spezialisierungen, und der Blick in andere europäische Länder schließlich entfernt sich noch mehr vom ursprünglichen Konzept, eine (deutsche) Anwaltsgeschichte zu präsentieren. Es dürfte für die Herausgeber nicht einfach gewesen sein, die Gewichte richtig zu verteilen, und sicherlich werden viele Leser(innen) das eine Thema schmerzlich vermissen, während sie ein anderes überbewertet oder gar deplatziert finden. Eine stärkere Beschränkung hätte die Handlichkeit des Bandes erhöht und seinen exorbitanten Preis (144 €) reduziert. Andererseits macht die Breite der Themenpalette gerade den Reiz dieses „Wälzers“ aus, und als Leser kann man sich diejenigen Kapitel (zuerst) vornehmen, für die man sich besonders interessiert – es ist für jede(n) etwas dabei, wie die folgende willkürliche Auswahl zeigt:

- *Liberalismus und Anwaltschaft im 19. Jahrhundert*
- *Die Zulassung von Frauen zur Anwaltschaft*
- *Die Freiheit der Advokatur im politischen Umbruch nach 1945*
- *Verteidigung in den RAF-Prozessen – Die Sicht des Verteidigers und die Sicht des Anklägers*
- *Vom Generalisten zum Fachanwalt*
- *Internationalisierung und Europäisierung der deutschen Anwaltschaft*

Als einer der Autoren will und kann ich das vorgestellte Werk nicht rezensieren. Möge sich jede(r) selbst ein Bild machen! Das Buch hat es in jedem Fall verdient, nicht nur dekorativ im Regal zu stehen, sondern auch gelesen zu werden!

Der Autor ist Vorsitzender des [Forums Anwaltsgeschichte](#).

Deutscher Anwaltverein (Hrsg.): *Anwälte und ihre Geschichte*, 1242 Seiten, 144 €, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 2011

## Dissertationsskandal, auch in Kiel

von Ingo Müller

Doktorarbeiten von Politikern stehen neuerdings unter scharfer Beobachtung, vor allem wegen zahlreicher Plagiate der prominenten Promovierer. In Schleswig-Holstein ist die Dissertation des Staatskanzleichefs *Arne Wulff* ins Gerede gekommen, nicht wegen Abschreibens, sondern wegen ihrer politischen Tendenz.

Zur Eröffnung der Ausstellung „Im Namen des Volkes. Justiz und Nationalsozialismus“ beim Oberlandesgericht Schleswig am 26. Oktober 2010 referierte der Jurist und Historiker *Klaus Bästlein*,

wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (und Forums-Mitglied), über den Staatssekretär im Reichs-Justizministerium Franz Schlegelberger (1876-1970) und beleuchtete dabei die Schleswig-Holsteiner Nachkriegsverhältnisse, insbesondere die dort völlig fehlgeschlagene Entnazifizierung, die Dr. Paul Pagel, 1950 Innenminister und damals einziger Nicht-Nationalsozialist in der Landesregierung („eine Koalition aus SA, SS und NSDAP“) treffend „Renazifizierung“ nannte. Schlegelberger, der von Januar 1941 bis August 1942 als Reichsjustizminister amtierte, erarbeitete in dieser Zeit die „Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden“, hielt die berüchtigte Konferenz der Generalstaatsanwälte und Oberlandesgerichtspräsidenten zur Strafflosigkeit der „Euthanasie“ ab und machte den Vorschlag, nach Vernichtung der Juden alle „jüdischen Mischlinge“ zu sterilisieren. Nachdem der im Nürnberger Juristenprozess zu lebenslangem Zuchthaus Verurteilte schon 1951 entlassen worden war, zog er sich nach Schleswig-Holstein zurück. Hier machte sein Sohn *Hartwig*, selbst unbarmherziger Marinerichter, Karriere: 1954 Landrat in Flensburg, 1961 Finanzminister und 1963 Innenminister des Landes. Hier verzehrte Schlegelberger seine Staatssekretärspension (für die Haftzeit wurden ihm 280.000 DM nachgezahlt), und hier führte er seine rege Publikationstätigkeit fort. Bei der Arbeit an seiner vielbändigen Loseblattsammlung „Das Recht der Gegenwart“ beschäftigte er gern vorzeitig pensionierte Nazi-Juristen wie den Volksgerichtshofsrichter Hans-Joachim Rehse und Kurt Jaager, einst Erster Staatsanwalt am VGH.

*Eine Doktorarbeit, „die sich durch Unwissenschaftlichkeit und Apologetik auszeichnet“ (Klaus-Detlev Godau-Schüttke, Von der Entnazifizierung zur Renazifizierung der Justiz in Westdeutschland, in: forum historiae iuris, Artikel vom 6. Juni 2001, Fn. 3)*

*Klaus Bästlein*, in Schleswig-Holstein geboren und aufgewachsen, ist bestens vertraut mit dessen neuerer Geschichte. In den achtziger und neunziger Jahren war er Mitglied des Arbeitskreises zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (AKENS) und veröffentlichte in dessen Zeitschrift 15 Beiträge zur NS- und Nachkriegszeit im nördlichsten Bundesland.

Zum Skandal wurde aber nicht sein Bericht über die braune Nachkriegsgeschichte, sondern ein Hinweis auf die Dissertation des Staatskanzlei-

chefs Arne Wulff. Die vom Rechtshistoriker *Hans Hattenhauer* betreute und von der Konrad Adenauer-Stiftung geförderte Arbeit war 1991 von der Kieler Juristenfakultät angenommen und „magna cum laude“ bewertet worden. Bästlein: „Sie trägt den Titel ‚Staatssekretär Professor Dr. Dr. h.c. Franz Schlegelberger‘ und kommt wie eine Festschrift mit einem ganzseitigen Foto auf der Titelseite daher“. Mit dem Anschein der Neutralität nehme Wulff darin offen Partei für Schlegelberger, z.B. wenn er sich „dessen Exkulpation zu eigen macht, er sei nur im Amt geblieben, um Schlimmeres zu verhüten“. Dass ein Sympathisant des verurteilten Justizverbrechers die Staatskanzlei eines Landes leite, mache ihn „fassungslos“. Der Westdeutsche Rundfunk fragte in einem Kommentar am 24. November 2010 sogar: „Kann sich Schleswig-Holstein einen solchen Spitzenbeamten leisten?“

„Franz Schlegelberger war der führende Mann der deutschen Justiz von der Monarchie bis zur Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. [...] Die Arbeit schildert den Lebensweg Schlegelbergers und seine berufliche Karriere.“ (Klappentext)

Bästlein sieht aber noch weiteres Nachwirken der nur oberflächlichen Entbräunung Schleswig-Holsteins: Das Land sei „durch ganze Legislaturperioden auf zeitgeschichtlichem Gebiet untätig geblieben“ und habe seit 2000 „keine Bundesmittel für Gedenkstätten zum Nationalsozialismus abgerufen“. Nachdem das Justizministerialblatt, die „Schleswig-Holsteinischen Anzeigen“, Bästleins Vortrag abgedruckt hatte (das Innenministerium hatte versucht, das zu verhindern), schrieb Staatssekretär Dr. Wulff in einer Presseerklärung, er habe die Arbeit so abgefasst, „dass sich jeder Leser ein eigenes Urteil bilden kann, ohne ... in eine vorgefasste Meinung bewegt oder gedrängt zu werden“, daraus eine Rechtfertigung Schlegelbergers abzuleiten, sei „konstruiert und politisch infam“. Damit scheint für die Schleswig-Holsteinische Presse die Sache erledigt, seither liest man nichts mehr über die Dissertation des Staatssekretärs.

Im Internet findet man jedoch weitere Informationen: Ein Mitglied der Familie, der mit einer Enkelin Schlegelbergers verheiratete Rechtsanwalt und Professor *Menno Aden* kommt dort in einer extrem apologetischen Kurzbiographie Schlegelbergers zu dem Schluss: „Menschen, die ihn kannten, finden auch nach Jahrzehnten nichts, was ihnen als tadelnswürdig in Erinnerung geblieben wäre“. Die Literatur zu seinem Schwie-

ger-Großvater beurteilt er weniger gnädig: „Über Schlegelberger gibt es drei Monographien. Zwei davon beschreiben ihn als aktiven Förderer (Förster) oder willfährigen Teilnehmer (Nathans) des NS-Unrechts. Die dritte Arbeit (Wulff) übernimmt im wesentlichen Schlegelbergers im Nürnberger Prozess vorgetragene These, dass er, sofern er Vorwerfbares getan oder geduldet habe, dies geschehen sei, um Schlimmeres zu verhüten. Diese letztere Arbeit ist Schlegelberger wohl gesonnen. Ihr wissenschaftlicher Wert ist aber nicht sehr hoch. Da sie von einem Doktorvater betreut wurde, welcher mit der Familie Schlegelberger in gesellschaftlichen Beziehungen stand, wäre sie überzeugender, wenn sie gelegentlich etwas weniger an der Oberfläche geblieben wäre“. Er muss es wissen.

---

*Franz Schlegelberger, Das Recht der Gegenwart: ein Führer durch das in der Bundesrepublik Deutschland geltende Recht, 35. Aufl., Stand: 1.1.2009, bearb. von Johann Mühlberger, Vahlen-Verlag, München 2009*

*Arne Wulff, Staatssekretär Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Schlegelberger 1876-1970, Peter Lang Verlag 1991, 213 Seiten (Rechtshistorische Reihe, Bd. 59) (zugleich: jur. Diss., Kiel 1991)*

*Klaus Bästlein, Zur Einführung in die Ausstellung „Justiz im Nationalsozialismus. Über die Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes“, in: Schleswig-Holsteinische Anzeigen, Jg. 2011, S. 11 ff.*

*Erklärung des Chefs der Staatskanzlei, Staatssekretär Dr. Arne Wulff, Erscheinungsdatum: 10.02.2011, zugänglich → [hier](#)*

---

## Bericht über eine Buchpräsentation: Das KZ Lublin-Majdanek und die Justiz

---

*Von Sebastian Felz*

Nur wenige Wochen nach dem wahrscheinlich letzten Urteilsspruch in einem Prozess gegen nationalsozialistische Gewaltverbrecher in München [1] stellte die → [Forschungsstelle Nachkriegsjustiz Wien](#) am 30. Jahrestag (30.6.) der Urteilsverkündung im Düsseldorfer Majdanek-Prozess (1975-1981) ihren → [Sammelband](#) „Das KZ Lublin-Majdanek und die Justiz“ im Landgericht der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt vor.

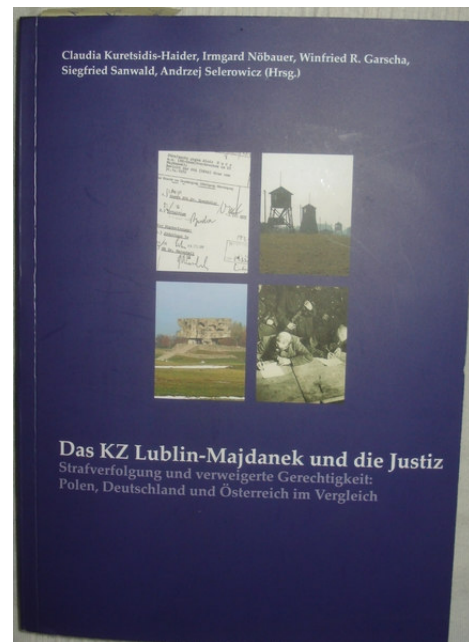
Nach kurzen Grußworten des Landgerichtspräsidenten Heiner Blaesing sowie des Leiters der

Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Bastian Fleermann, skizzierte Winfried R. Garscha (Wien) die Geschichte des Konzentrationslagers Lublin-Majdanek als „multifunktionales Lager“ (Straf-, Kriegsgefangenen- und Vernichtungslager), in welchem von Oktober 1941 bis Juli 1944 über 78.000 Menschen ermordet wurden. Auch die „Aktion Reinhardt“, die Ermordung von mehr als anderthalb Millionen Menschen in den Vernichtungslagern Treblinka, Sobibór und Belzec 1942/43, wurde von dort koordiniert. Nach deren Abschluss wurden allein am 3. und 4. November („Aktion Erntefest“) insgesamt 42.000 Menschen, allein 18.000 in Majdanek, erschossen. Eine Vielzahl der Täter (bspw. der SS- und Polizeiführer von Lublin Odilo Globocnik) waren Österreicher.

Neben dem in diesem Jahr verstorbenen Staatsanwalt Dieter Ambach vertrat damals Wolfgang Weber (Köln) die Anklage, der von den gewöhnlichen wie auch den außergewöhnlichen Aufgaben der Staatsanwaltschaft in diesem speziellen Verfahren berichtete. Wegen der „Konfliktverteidigung“ der Anwälte waren er und sein Kollege Ambach besonders darauf bedacht, die Zeugen, welche als ehemalige Häftlinge nur widerstrebend und ängstlich vor ein deutsches Gericht gekommen waren, nach der Aussage zu betreuen. Daneben suchten die Anklagevertreter das Gespräch mit der Presse und klärten Schüler und Studenten, die häufig als skeptische Prozessbesucher das Geschehen verfolgt hatten, über die Dimension der zu verhandelnden Verbrechen auf.

Claudia Kuretsidis-Haider (Wien) referierte über die deutschen Majdanek-Prozesse, wobei das Düsseldorfer Verfahren mit über 400 Verhandlungstagen die längste gerichtliche Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen war. 16 Angehörige der Wachmannschaft mussten sich vor der Strafkammer verantworten, rund 350 Zeugen aus dem In- und Ausland sagten im Laufe des Prozesses aus, darunter auch 215 ehemalige Häftlinge. Schließlich wurde nur die aus Österreich stammende Aufseherin Hermine Braunsteiner-Ryan zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt. Kuretsidis-Haider lenkte die Aufmerksamkeit aber auch auf die zwei 1979 gegen die Kapos August Schmuck und Karl Johann Galka in Kiel und Hannover angestrebten Prozesse. Danach folgte 1989 in Bielefeld die Verhandlung gegen Karl-Friedrich Höcker, Adjutant des Lagerkommandanten in Majdanek, Martin Weiß, sowie 1999 in Stuttgart der Prozess gegen den Kommandeur der Sicherheitspolizei Lemberg, Alfons Götzfried, der zur „Aktion Erntefest“ abkommandiert worden war. Trotz der heftig kritisierten milden Urteile, so Kuretsidis-Haider, hätten die Prozesse einen wichtigen Beitrag zur Zivi-

lisierung und Aufklärung der deutschen Gesellschaft geleistet.



Im Anschluss beleuchtete Andrzej Selerowicz (Wien) die polnischen Majdanek-Prozesse. Schon im Juni 1944 wurden die ersten Verfahren angestrengt. Ein Sonderstrafgericht in Lublin verhandelte aufgrund eines erst am 31. August 1944 erlassenen Dekrets gegen die Mitglieder der Lagermannschaft. Bis 1947 dauerten die Prozesse vor dem Bezirksgericht Lublin. Insgesamt richteten die polnischen Richter in dieser frühen Phase über 150 Personen; wahrscheinlich wurden aber weniger als 10% des Lagerpersonals vor einem polnischen Gericht zur Verantwortung gezogen.

Die Unterlassungen der österreichischen Strafverfolgungsbehörden dokumentierte Siegfried Sanwald (Wien). Als grundlegendes Problem sah er die fehlende Institutionalisierung der Strafverfolgung von NS-Verbrechen in einer Behörde wie der zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg. Zwar habe die Staatsanwaltschaft Graz in den Jahren 1963 bis 1973 über 64 österreichische Tatverdächtige des KZ Majdanek ausfindig gemacht und gegen sie ermittelt. Schließlich wurden aber alle diese Verfahren 1973 eingestellt.

Exemplarisch belegte er die schleppende Verfolgung der Täter am Fall der Aufseherin Hermine Braunsteiner-Ryan, die die amerikanische Staatsangehörigkeit angenommen hatte und deshalb von österreichischen Behörden nicht mehr ins Visier gefasst wurde.

Zur Gründung des Forschungsprojektes „Das KZ Lublin-Majdanek und die Justiz. Strafverfolgung und verweigerter Gerechtigkeit: Polen, Deutschland und Österreich im Vergleich“ führten dann

die vergeblichen Versuche ab 2004, die ehemalige Aufseherin, [Erna Wallisch](#) aus Wien, vor Gericht zu bringen. Es stellte sich die Frage, ob noch weitere NS-Täter leben. Im Zuge der vom Leiter des Jerusalemer Simon-Wiesenthal-Zentrums, Efraim Zuroff, im Jahre 2002 initiierten Operation „Last Chance“ zur Ausforschung noch lebender mutmaßlicher NS-TäterInnen tauchte im Mai 2004 der Name Wallisch auf. Zwar war sie bereits im oben erwähnten Grazer Majdanek-Verfahren als Beschuldigte geführt worden, doch konnte Efraim Zuroff dem österreichischen Justizministerium 2006 bislang unbekannt polnische Zeugenaussagen vorlegen, die eine Beteiligung Wallischs an Morden in Majdanek möglich erschienen ließen. Allerdings verstarb Wallisch vor Prozessbeginn 2008.

Abschließend stellte Claudia Kuretisdis-Haider den Sammelband vor, der all diese Aspekte vertiefend behandelt.

Besonders hervorzuheben ist die transnationale Perspektive, mit welcher die österreichischen Autoren das Thema analysieren. Das Buch wird sicherlich Anstoß sein, auch andere Aspekte dieses Prozesses und seines historischen Ortes in der Geschichte der Bundesrepublik zu beleuchten. Als mögliche Untersuchungsfelder seien das sichtbare Auftreten von Neonazis während des Düsseldorfer Prozesses genannt sowie das Wirken von Mitgliedern der „Stillen Hilfe“. Zu bedenken wäre auch die zeitliche Koinzidenz mit der Fernsehserie „Holocaust“ und Rückkopplungen auf die Wahrnehmung der Verhandlung sowie die Verjährungsdebatte um den strafrechtlichen Tatbestand Mord im März 1979. Schließlich bietet sich ein Vergleich mit dem Frankfurter Auschwitz-Prozess an. Wie veränderten sich die Herangehensweise der Justizakteure, wie hatte sich die Richterrolle verändert, wie wirkte die Ende der 1960er-Jahre aufkommende Faschismustheorie (Rezeption der „Kritischen Theorie“) auf die Prozesse zurück, und wie funktionierte die Zusammenarbeit mit ausländischen (besonders polnischen) Behörden?

[1] Heinrich Wefing, Der Fall Demjanjuk. Der letzte große NS-Prozess, München 2011.

---

## Ein weiteres Gedenkstättenprojekt: Osnabrück-Eversheide und eine erhaltenswerte Baracke

---

von Thomas Henne

Peter Niebaum, hervorgetreten u.a. mit einer Biographie über den Juristen Calmeyer,<sup>1</sup> hat vor kurzem den Vorstand des Forums Justizgeschichte um Unterstützung bei einem Gedenkstättenprojekt gebeten.

Es geht um ein ehemaliges Kriegsgefangenenlager, in dem ab 1940 bis zu 5.000, überwiegend serbische, Offiziere gefangen gehalten wurden.<sup>2</sup> Darunter waren bis zu 400 jüdische Männer, die sogar ein Gemeindeleben in dem Lager und seinen Baracken organisieren konnten.

Nach der Nachkriegsnutzung u.a. durch britische Truppen und deren späterem Abzug ist die Zukunft der Baracken zur Zeit offen. Peter Niebaum und einige Mitstreiter konnten erreichen, daß jedenfalls eine Baracke nunmehr unter Denkmalschutz steht. Doch die Bundesbehörde, die das Gelände verwaltet, plant eine Nutzung als Gewerbegebiet.

Nun möchten Peter Niebaum und der Förderverein „Antikriegskultur und Friedenshandeln“ eine Nutzung als „Gedenkstätte und Lernort“ erreichen. Der Ankauf der denkmalgeschützten Baracke scheitert zur Zeit an der Höhe des geforderten Kaufpreises. Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten ist jedoch bereits eingeschaltet.

Das Vorhaben ist aus Sicht des Vorstands des Forums Justizgeschichte begrüßenswert, und weitere Mitstreiter sind gerne willkommen. Und zwar möglichst bald, denn nur bis zum Ende der Sommerferien ist der Verkauf des Geländes gestoppt.<sup>3</sup> Und auf dem Tisch liegt (oder lag) das Angebot, dem Förderverein ein 2000 qm großes Grundstück mit der denkmalgeschützten Baracke für 49.000 € zu überlassen.

Nähere Informationen bei Peter Niebaum; seine Adresse ist über google leicht zu finden oder beim Vorstand des Forums Justizgeschichte zu erhalten.

---

1 <http://www.hans-calmeyer.de/index.htm>

2 Der folgende Text beruht auf Informationen von Herrn Niebaum, außerdem auf einem Artikel in der Lokalzeitung, zugänglich [hier](#).

3 <http://www.noz.de/lokales/53978172/bima-hat-es-nicht-mehr-ganz-so-eilig>

---

## Veranstaltungen

---

### **Konferenz: In letzter Instanz, Wien**

Appellation und Revision im Europa der frühen Neuzeit, Österreichische Akademie der Wissenschaften, 7.-9.09.2011, Wien

→ [Appellation und Revision - Konferenz](#)

### **Konferenz: Von der SED-Diktatur zum Rechtsstaat, Berlin**

Der Umgang mit Recht und Justiz in der SBZ/DDR. Veranstalter: Deutsche Gesellschaft e.V.; Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR; Bundesstiftung Aufarbeitung, 14.-16.9.2011, Berlin

→ [Diktatur und Rechtsstaat](#)

### **Konferenz: 4. EU-Strafrechtstag: EUROPA – Raum der Strafverfolgung, Bonn**

Veranstalter: Strafverteidigervereinigung Nordrhein-Westfalen, 1.10.2011, Bonn

→ [4. EU-Strafrechtstag - Konferenz](#)

### **Konferenz: Victims of International Crimes, Marburg**

veranstaltet vom International Research and Documentation Center for War Crimes Trials (ICWC); Center for Conflict Studies (CCS),

6.-8.10.2011, Marburg

→ [International Crimes - Konferenz](#)

### **Konferenz: Nationalsozialismus und Recht, Potsdam**

veranstaltet von Prof. Dr. Thilo Ramm, Prof. Dr. Stefan Chr. Saar sowie Prof. Dr. Hartmut Bauer an der Universität Potsdam, Juristische Fakultät, August-Bebel-Str. 89, 14482 Potsdam-Babelsberg, 6.-8.10.2011

Das Tagungsprogramm ist nicht online; nähere Informationen bei Prof. Saar unter der oben angegebenen Adresse

### **Konferenz: Historical Justice and Memory Research, Melbourne**

veranstaltet vom Network and Institute for Social Research, Swinburne University of Technology 14.-17.02.2012, Melbourne

→ [Historical Justice - Konferenz](#)

### **Call for Papers: Preis für Niedersächsische Landesgeschichte 2012**

Deadline: 15.08.2011, Näheres:

→ [Landesgeschichtspreis Niedersachsen 2012](#)

### **Tagungsbericht: Terrorists on Trial. Performative Perspectives**

Wassenaar, Niederlande Mai 2011.

→ [Terrorists on Trial](#)

### **Tagungsbericht: The Eichmann Trial in International Perspective**

Impact, Developments and Challenges. Center for Advanced Holocaust Studies, United States Holocaust Memorial Museum; Stiftung Topographie des Terrors, 24.-26.05.2011, Berlin

→ [Eichmann Trial](#)

### **Tagungsbericht: Zeitzeugen und Vermittlungsarbeit**

u.a. zu einem Referat zum Umgang mit justiziellen Täterbiographien in der Gedenkstättenarbeit.

→ [Gedenkstättenarbeit](#)

---

## Zeitungsmeldungen

---

### **Artikel zum 30. Jahrestag der Urteilsverkündung im Majdanek-Prozess**

WAZ

→ [Majdanek-Prozess - WAZ](#)

Rheinische Post

→ [Majdanek-Prozess - RP](#)

Die Welt

→ [Majdanek-Prozess - Welt](#)

Jungle World

→ [Majdanek-Prozess - JW](#)

### **„Die Sünderin“ – 60 Jahre danach**

„Der Skandal vor 60 Jahren galt keinem künstlerisch bedeutenden Film, doch provozierten die juristischen Scharmützel ein letztinstanzliches Urteil von einigem Wert für die kulturelle Modernisierung der Bundesrepublik.“

Rudolf Walther über den Film „Die Sünderin“ mit Hildegard Knef (1951)

→ [60 Jahre danach: Die Sünderin](#)

### **Halle als Ort von rechtshistorischer Bedeutung**

„Was nicht jeder weiß: Dort trug sich 1858 ein Ereignis zu, mit dem noch heute jeder Jurastudent im Studium konfrontiert wird und der als "Rose-Rosahl-Fall" in die Rechtsgeschichte eingegangen ist.“

→ [Rose Rosahl](#)

### **Die Einführung von Sondervoten:**

Eine Sternstunde der deutschen Justizgeschichte?

→ [Sondervoten](#)

**Bachelor-Studiengang "Good Governance" in Rostock**

Jura, aber anders.

→ [BA Good Governance](#)

**"Die Geschichte des Joseph Süss Oppenheimer, genannt Jud Süss"**

– eine Inszenierung in Worms. Besprechung im Deutschlandfunk: Oppenheimer „wird zum Opfer eines Justizmordes, das ist die Botschaft [dieser] Inszenierung“.

→ [Jud Süss - Theater](#)

**Ein Stück westdeutsche Justizgeschichte**

„Er hat ein nicht unbedeutendes Kapitel Justizgeschichte mitgeschrieben“, schreibt die Westdeutsche Allgemeine Zeitung über den nunmehr bisherigen Direktor des Amtsgerichts Brilon.

→ [AG Brilon](#)

**Die Reaktion auf wirtschafts- und finanzkrisenhafte Phänomene zwischen richterlicher Rechtsfortbildung und verspätetem Gesetzgeber:**

Am Beispiel der "Aufwertungsrechtsprechung" des Reichsgerichts von Nancy Brandt in: Betrifft Justiz Jg. 2011, Heft 105.

→ [Justiz und Finanzkrise](#)

---

**Rezensionen**

---

**Anna Villiez: Mit aller Kraft verdrängt. Entrechtung und Verfolgung „nicht arischer“ Ärzte in Hamburg 1933 bis 1945**

Dölling und Galitz Verlag, Hamburg 2009

Aus der → [Rezension](#): Eine „kompakte Studie zur Ausgrenzung und Verfolgung der „nicht arischen“ Ärzte in Hamburg“.

**Allan Borup: Demokratisierungsprozesse in der Nachkriegszeit. Die CDU in Schleswig-Holstein und die Integration demokratieskeptischer Wähler.**

Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft. Bielefeld 2010

„Die CDU als Faktor der Demokratisierung in Schleswig-Holstein? Diese Fragerichtung ist so sinnvoll wie ungewöhnlich“, schreibt der → [Rezensionent](#) Harald Schmid, Vorstandsmitglied des Arbeitskreises "Politik und Geschichte".

**Heidrun Hannusch: "Todesstrafe für die Selbstmörderin"**

Ch. Links Verlag, Berlin 2011

Aus der → [Rezension](#): „Heidrun Hannusch hat die Geschichte der aus Deutschland emigrierten Jüdin als fesselnden Kriminalfall rekonstruiert.“

**Peter Oestmann: Zum Richterleitbild im 19. Jahrhundert**

Das → [Beispiel](#) des Oberappellationsgerichts der vier freien Städte Deutschlands.

**Albrecht Kirschner (Hrsg.): Deserteure, Wehrkraftzersetzer und ihre Richter**

Historische Kommission für Hessen, Marburg 2010

Marburger → [Zwischenbilanz](#) zur NS-Militärjustiz vor und nach 1945. Eine „Zwischenbilanz zum Forschungsstand“.

**Peter Landau: Grundlagen und Geschichte des evangelischen Kirchenrechts und des Staatskirchenrechts**

Mohr Siebeck, Tübingen 2010

Aus der → [Rezension](#) von Johannes Wischmeyer: „Die deutschsprachige Rechtsgeschichte sieht einer düsteren Zukunft entgegen, Leuchttürme der Forschung wie das Frankfurter Max-Planck-Institut kommen nicht an gegen den Trend zur Geschichtsvergessenheit.“

**Elizabeth Kolsky: Colonial Justice in British India. White Violence and the Rule of Law**

Cambridge University Press, Cambridge 2010

Aus der → [Rezension](#): „Kolsky zeigt das Paradoxon alltäglicher weißer Gewalt und der Rule of law vom Ende des 18. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts auf.“

**Wolfgang Wippermann: Skandal im Jagdschloss Grunewald. Männlichkeit und Ehre im deutschen Kaiserreich.**

Primus Verlag, Darmstadt 2010

Aus der → [Rezension](#): „Aus der Causa wurde ein hochnotpeinlicher Kriminalfall. [...] Wippermanns Buch lebt von windfall profits, schnuppert hier herum und schnuppert dort herum [...]“.

**Schmidt, Sibylle; Krämer, Sybille; Voges, Ramon (Hrsg.): Politik der Zeugenschaft. Zur Kritik einer Wissenspraxis**

Transcript-Verlag, Bielefeld 2011

Aus der → [Rezension](#): „Die Begriffe ‚Zeuge‘, ‚Zeugnis‘ und ‚Zeugenschaft‘ umreißen ein Feld, das die Geschichtswissenschaft in seiner Vielschichtigkeit und Langfristigkeit bisher nur unzureichend zum Gegenstand systematischer empirischer Forschung gemacht hat.“

**Boers, Klaus; Nelles, Ursula; Theile, Hans (Hrsg.): Wirtschaftskriminalität und die Privatisierung der DDR-Betriebe.**

Nomos-Verlag, Baden-Baden 2010

Aus der → [Rezension](#): „Wer [...] eine umfassende Abrechnung mit den wirtschaftskriminellen Aktivi-

täten der Treuhand erwartet, wird enttäuscht sein.“

**Holtmann, Karen: Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe vor dem Volksgerichtshof.**

Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2010

Aus der → [Rezension](#): „Hauptfragen sind, inwieweit Frauen aktiv in die Widerstandsorganisation eingebunden waren, wie sie sich selber sahen bzw. wie sie von Genossen, Gestapo, Richtern und Staatsanwaltschaft wahrgenommen wurden und ob es in Bezug auf Verhörmethoden, Strafmaß und Urteil Unterschiede zu der Behandlung ihrer männlichen Genossen gab.“

**Litvak, Meir; Webman, Esther: From Empathy to Denial. Arab Responses to the Holocaust.**

Hurst & Co., London 2009

Aus der → [Rezension](#): „Wenig bekannt [ist, daß der Eichmann-] Prozess auch im arabischsprachigen Raum im Kontext von schon ab 1945 beginnenden Diskussionen über die Judenvernichtung genau verfolgt wurde, mit denen sich Meir Litvak und Esther Webman in ihrer Studie beschäftigen.“

**Michael Hagner: Der Hauslehrer. Die Geschichte eines Kriminalfalls. Erziehung, Sexualität und Medien um 1900**

Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 2010

Aus der → [Rezension](#): Hagner verbindet „auf kongeniale Weise, was als eigentlich unvereinbar galt: die Mikrogeschichte Carlo Ginzburgs und die Diskursanalyse Michel Foucaults.“

**Diehl, Thomas: Adels Herrschaft im Werra- und Kyffhäuser-Raum. Das Gericht Boyneburg im Prozess der Grundlegung frühmoderner Staatlichkeit**

Historische Kommission für Hessen, Marburg 2010

Aus der → [Rezension](#): „Eine klare Argumentation für den historischen Ort der Adels Herrschaft.“

**Sammelrezension zur Britischen Kolonialjustiz in Indien**

Aus der → [Rezension](#): „Alle drei hier besprochenen Bücher werfen ein neues Licht auf den kolonialen Rechtsstaat der Briten in Indien.“

**Dierl, Florian; Hausleitner, Mariana; Hölzl, Martin; Mix, Andreas (Hrsg.): Ordnung und Vernichtung. Die Polizei im NS-Staat.**

Sandstein Verlag, Dresden 2011

Der → [Rezensent](#) lobt den "informativen und gut lektorierten Ausstellungskatalog".

**Friedrich Kellner: „Vernebelt, verdunkelt sind alle Hirne.“ Tagebücher 1939-1945**

Wallstein Verlag, Göttingen 2011

Aus der → [Rezension](#): „Eine große Entdeckung: Die Tagebücher des Justizinspektors Friedrich Kellner 1939 bis 1945 geben Aufschluss darüber, was die Deutschen vom Krieg wissen konnten.“

**L. A. Scot Powe: The Supreme Court and the American Elite, 1789-2008.**

Harvard University Press, Cambridge 2009

Aus der → [Rezension](#): „Powe takes a chronological approach, covering the Court's history from the 1780s to the present.“

**Braun, Matthias: Die Entwicklung der Schwurgerichtsfrage in Kurhessen bis zum Jahre 1851**

Berlin 2011

Aus der → [Rezension](#) von Werner Schubert: „eine ausgewogene und hinreichend detaillierte Darstellung“.

**Hornung, Ela: Denunziation als soziale Praxis. Fälle aus der NS-Militärjustiz**

Wien 2011

Die → [Rezension](#) rügt die „übertriebenen Ausritte in eine feministische Rhetorik“, lobt aber „einen sehr differenzierten und [...] kompetenten Einblick in einen spezifischen Sektor der nationalsozialistischen Militärgerichtsbarkeit“.

**v. Köckritz, Moritz: Die deutschen Oberlandesgerichtspräsidenten im Nationalsozialismus (1933-1945)**

Frankfurt/Main 2011

Der → [Rezensent](#) fasst zusammen: „Im Hauptteil bringt das Werk [...] die Biographien der 65 OLG-Präsidenten Deutschlands aus der Zeit von 1933 bis 1945 sowie für die Zeit ab 1938 auch in den österreichischen und sudetendeutschen Gebieten.“

**Ostermann, Stephanie: Das Klärungsverfahren gemäß § 1598a BGB. Abstammungsrechtlicher Kontext und verfassungsrechtliche Vorgaben**

Berlin 2009

Der → [Rezensent](#) Adrian Schmidt-Recla notiert: „Für die deutsche Rechtsgeschichte wird die Arbeit aber insofern von Bedeutung sein, als sie von Rechtshistorikern (wenn es solche dann noch gibt) gelesen werden wird, wenn das deutsche oder das europäische Abstammungsrecht das im allgemeinen Persönlichkeitsrecht und damit in der allgemeinen Handlungsfreiheit 'verankerte' Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung und Nachkommenschaft voll verwirklicht und sämt-

liche bislang aufrecht erhaltenen Bindungen abgelegt haben und neben der Anfechtung einer Vaterschaft durch sämtliche an der (natürlichen oder künstlichen) Erzeugung eines Menschen beteiligten Personen auch die Anfechtung der Mutterschaft und die daneben möglichen folgenlosen Kenntniserlangungsverfahren vorsehen wird.“ *Nein, dann wird es keine Rechtshistoriker mehr geben. Sie werden alle an überlangen Sätzen gestorben sein.*

**Segesser, Daniel Marc: Recht statt Rache oder Rache durch Recht? Die Ahndung von Kriegsverbrechen in der internationalen wissenschaftlichen Debatte 1872-1945**

Paderborn 2010

Die [→ Rezension](#) erläutert, wie der Autor des Buches „vorrangig den zeitgenössischen juristischen Fachdiskursen sehr breiten Raum einräumt“.

**Staufer, Andreas Michael: Ludwig Ebermayer. Leben und Werk des höchsten Anklägers der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung seiner Tätigkeit im Medizin- und Strafrecht**

Leipzig 2010

Der [→ Rezensent](#) lobt den wichtigen Beitrag zur „Justizgeschichte des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts“.

**Ulrich, Christina: „Ich fühl’ mich nicht als Mörder“. Die Integration von NS-Tätern in die Nachkriegsgesellschaft**

Darmstadt 2011

Aus der [→ Rezension](#): Es "liegt das besondere Verdienst des Buchs darin, anhand einer überschaubaren Zahl durchaus typischer Biographien nachzuverfolgen, was das selektive Täterbild und die selbstexkulpatorischen Mentalitäten für die Neukonstituierung der westdeutschen Gesellschaft genau bedeuteten."

## Dissertationsprojekte

**Die Strafverteidiger der Nürnberger Prozesse und die frühe Bundesrepublik.**

„Gegenstand des Dissertationsprojekts ist die Strafverteidigung in den Nürnberger Prozessen und ihre umfangreiche Tätigkeit in der frühen Bundesrepublik. Ziel der Studie ist es, durch die Auswahl einiger zentraler Persönlichkeiten aus der Nürnberger Strafverteidigung einen Querschnitt der Motivationen, Zielsetzungen, Strategien, Außendarstellungen und Wirkungsmächtigkeit dieser Verteidiger zu erstellen.“

[→ Starfverteidiger von Nürnberg](#)

## Webseiten

**European Center for Constitutional and Human Rights**

Der ECCHR ist eine in Berlin ansässige Menschenrechtsorganisation, die vor allem mit juristischen Mitteln arbeitet. Dabei versuchen die Anwältinnen und Anwälte vor allem mit sogenannten Präzedenzprozessen gezielt Druck auf Verantwortliche in Politik und Wirtschaft auszuüben. Schwerpunkte sind Universelle Justiz, (Strafanzeigen gegen Donald Rumsfeld und andere Verantwortliche für die US-Folterprogramme), Wirtschaft und Menschenrechte (skandalöse Arbeitsbedingungen in der Baumwollindustrie in Usbekistan), die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten im Inland im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung sowie Menschenrechte und Gender, insbesondere der Kampf gegen jede Form sexualisierter Gewalt. Zur Arbeit gehören regelmäßige öffentliche Veranstaltungen und Online-Publikationen. Den [Newsletter](#) kann man unter [www.ecchr.org](http://www.ecchr.org) abonnieren. Das ECCHR sucht regelmäßig PraktikantInnen und ReferendarInnen.

Quelle: Newsletter von Histox – Institut für Geschichtsbearbeitung

## Bücher

**Volker Friedrich Drecktrah (Hrsg.): Die RAF und die Justiz. Nachwirkungen des „Deutschen Herbstes“**

Tagungsband des Forums Justizgeschichte. ISBN 978-3-89975-186-4. Martin Meidenbauer Verlag, München 2010

[→ Die RAF und die Justiz](#)

Rezension von Armin Pfahl-Traugber

[→ Rezension bpb](#)

Rezension von Bernd Hüttner (S. 17)

[→ Rezension in Sozialgeschichte Online](#)

**Rieger, Alexander: Verfassungsrechtliche Legitimationsgrundlagen richterlicher Unabhängigkeit.**

Zugleich eine Auseinandersetzung mit der Debatte um eine Selbstverwaltung der Justiz, Frankfurt/M. 2011

**Diemut Majer: Frauen, Revolution, Recht**

Die großen Europäischen Revolutionen in Frankreich, Deutschland und Österreich 1789 bis 1918 und die Rechtsstellung der Frauen.

460 Seiten, Dike Verlag, Zürich 2008

## Stellenangebote

### **0,5 Wissenschaftliche Mitarbeiterstelle „Deutsche Rechtsgeschichte“**

Universität Göttingen, Lehrstuhl Prof. Dr. Eva Schumann.

→ [WiMi Göttingen](#)

## Verschiedenes

### **Preisverleihung: Preis des Forums Anwaltsgeschichte**

Den Preis des Forums Anwaltsgeschichte erhielten:

- Barbara Sauer für ihren opulenten biographischen Sammelband „Advokaten 1938 – Das Schicksal der in den Jahren 1938 bis 1945 verfolgten österreichischen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte“ sowie
- Thomas Weber für sein grundlegendes Werk über „Die Ordnung der Rechtsberatung in Deutschland nach 1945. Vom Rechtsberatungsmisbrauchsgesetz zum Rechtsdienstleistungsgesetz“.

Die Preisverleihung erfolgt im November 2011.

→ [Preis des Forums Anwaltsgeschichte](#)

### **Fritz-Bauer-Büste in Frankfurt am Main**

Aus einer Mail des Vorstandsmitglieds Hellmut Brunn von Ende Mai 2011: „Nicht - wie erwartet von der SPD – sondern von einer Frau Neumann von der FDP-Fraktion im Römer erhielt ich heute die Nachricht: Man sei erfreut über unsere Initiative zur Errichtung einer Fritz-Bauer-Büste im Gerichts-Viertel in Frankfurt/Main. Man wolle dies unterstützen und in die entsprechenden Gremien einbringen. Bei einer Anhörung des Kultur-Ausschusses im August oder September könne man mir auch Gelegenheit verschaffen, persönlich diese Initiative vorzutragen und zu erläutern.“

Am 19. Juli berichtete erfreulicherweise die Frankfurter Rundschau (Seite F6), dass nun auch die SPD-Fraktion im Frankfurter Römer den Vorschlag des Forums Justizgeschichte aufgreift und eine Büste oder Gedenktafel am Gerichtsgebäude fordert. Die SPD, schreibt die FR abschließend, „regt an, Mitglieder des Vereins in die Erarbeitung eines Konzeptes einzubeziehen.“

Wir werden die Berichterstattung zu diesem Thema fortsetzen.

### **Theateraufführung: Rechtsprechung zum Magdeburger Stadtrecht**

von Kindern gespielt, auf youtube zu sehen.

→ [Magdeburger Stadtrecht](#)

### **Film: Das Urteil von Nürnberg**

Der Film (Originaltitel: Judgment at Nuremberg) aus dem Jahre 1961, basierend auf dem Juristenprozess von 1947 gegen eine Reihe von NS-Juristen, ist auf youtube zugänglich.

→ [Urteil von Nürnberg](#)



**Vorstandssitzung im Mai 2011**

## Impressum

Forum Justizgeschichte e.V.

Vereinigung zur Erforschung und Darstellung der deutschen Rechts- und Justizgeschichte des 20. Jahrhunderts

### **Geschäftsstelle**

Forum Justizgeschichte e.V.  
c/o Jennifer Aßmann  
Holtenauer Str. 225  
24106 Kiel

→ [Homepage: www.forum-justizgeschichte.de](http://www.forum-justizgeschichte.de)

→ [E-Mail: info@forum-justizgeschichte.de](mailto:info@forum-justizgeschichte.de)

### **Redaktion**

▪ Priv.-Doz. Dr. jur. Thomas Henne, LL.M.  
Vorsitzender des Forums Justizgeschichte  
Universität Frankfurt/M.

→ [Homepage: www.jura.uni-frankfurt.de/henne/](http://www.jura.uni-frankfurt.de/henne/)

und weitere Vorstandsmitglieder des  
Forums Justizgeschichte:

- Hellmut Brunn, Rechtsanwalt, Frankfurt/M.
- Silke Mecke, Verwaltungsjuristin, Halle/S.
- Matthias Peitsch, Jurastudent, HU Berlin

**Zuschriften** bitte per E-Mail

→ [newsredaktion@forum-justizgeschichte.de](mailto:newsredaktion@forum-justizgeschichte.de)